

gewordenen einseitigen Pflicht zur Verteidigung des Goldstandards von 1870/1925. Mögen andere nun versuchen, ihre Währung zum Weltstandard zu entwickeln, herzugeben und allen Gefahren gegenüber zu verteidigen. Wer wird das sein? Alle Kapitalflüchtigen haben jetzt schwere Zeit. Wohin sollen sie flüchten?

Des Risikos, daß in dieser Wendung auch für England selber liegt, ist es sich wohl bewußt. Die Rolle des Weltbankiers kann es nicht weiter spielen, wenn seine Währung kein Vertrauen mehr genießt noch beanspruchen kann. Als letztes Ziel bleibt also die Stabilisierung des Pfundes bestehen. Man läßt es vorläufig aber schwanken wie eine vom Druck befreite Waage, damit es sich selbst auf sein echtes Gewicht einstellt. Soweit das Ganze Kampfmaßnahme war und ist, gehört das dazu. Die Unsicherheit erhöht diese Wirkung. Schon hat Frankreich schwere Verluste erlitten. Auch die Zuspitzung der Krise in den Vereinigten Staaten ist unverkennbar. Umgekehrt hat sich gezeigt, daß die Umstellung des Welthandels auf Dollar oder Frank nicht von heute auf morgen möglich ist. Man kann gar nicht überall ohne weiteres vom Pfund fort, weil die anderen Währungen nicht über den eingespielten Apparat der Bankverbindungen, des Nachrichtenwesens, der Versicherungen usw. verfügen, der dazu gehört. Das hat es England ja auch ermöglicht, eine ganze Reihe von Staaten dazu zu bewegen, seinen Schritt mitzumachen. Keynes hat es offen ausgesprochen, daß insbesondere Frankreich und die Vereinigten Staaten von England vor die Alternative gestellt sind: Sollen wir von Großbritannien aus drei Viertel der Welt einschließlich des ganzen britischen Imperiums einladen, um mit uns ein neues Weltwährungssystem zu konstruieren, das an den Warenpreisen orientiert ist? Oder werden die Goldstandardländer sich entschließen, eine radikale Reform der internationalen Goldwährungswirtschaft herbeizuführen, um unter solcher Voraussetzung auch Großbritannien zum gemeinsamen System zurückkehren zu sehen?

Die Dinge wurden hier so ausführlich behandelt, weil es notwendig ist, sich über die Zusammenhänge ganz klar zu werden. Zunächst erledigt sich damit am einfachsten die Frage, ob wir nicht denselben Schritt wie England tun könnten. Es wird einleuchten, daß die Verhältnisse so völlig anders liegen, daß die Nachahmung des englischen Vorbildes sachlich entfällt. Mit dem Stillhalteabkommen ist für unsere Verhältnisse das Wesentlichste schon getan. Vor allem muß alles Gerede, dieselbe kleine Inflation wie in England zu machen, verstummen. England spielt ja gar nicht Inflation in dem Sinne, wie es angenommen zu werden pflegt. Worum es sich allein handeln kann, das ist die Frage, ob wir uns gegebenenfalls dem neuen englischen Währungsstandard anschließen sollten. Zunächst steht er noch nicht fest. Das ist schon ein Grund zu warten. Es ist aber auch noch gar nicht entschieden, ob aus der von Keynes angedeuteten Alternative die erste oder die zweite Lösung Wirklichkeit wird. Erst wenn in der Tat England mit seinen Anhängern ein eigenes Währungsgebiet organisiert, das im bewußten Gegensatz zu den Ländern des alten Goldstandards steht, käme für uns vielleicht die Notwendigkeit, für die eine oder die andere Seite zu optieren. Man könnte sagen, wir wollen auch das abwarten. Zunächst aber ist schon die Entscheidung gefallen, da ja der Reichsbankpräsident erklärt hat, die Mark bliebe beim alten Standard. Freilich ist das endgültig? Noch ist sich ja auch Amerika augenscheinlich nicht restlos im Klaren. Laval und Hoover werden demnächst gerade auch die hier angeschnittenen Fragen sehr eingehend behandeln müssen. Man spricht von Neuverteilung des Goldes. Wer weiß, was das sein und wie das vor sich gehen soll? Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß Frankreich wie Amerika heute schon eine passive Warenhandelsbilanz haben. Wie sollen sie ihre Einfuhr noch weiter steigern? Sie werden immer wieder das Gold anziehen. Aus Paris verlautet, daß Frankreich darauf aus ist, eine Antidumpingfront aufzubauen. In diesen Zusammenhang gehören auch die jetzt in Berlin besprochenen Pläne, insbesondere die Kartellverständigung. Hier ist in der Tat eine schwache Seite Frankreichs aufgedeckt. Käme die Weltwirtschaft in Gang, würden die großen Erschließungsunternehmungen in Übersee, insbesondere in Asien

und Afrika in Angriff genommen, und müßte Frankreich ohne Rückhalt in den Wettbewerb eintreten, so käme es, selbst wenn die Grenzen in Europa tabu blieben, menschenarm, mit seiner bisher nur auf Luxuserporte eingestellten Industrie, ohne Deutschlands Koks, vermutlich trotz seines vielen Goldes stark ins Hintertreffen. Das weiß Frankreich selbst. Das ist tiefer gesehen seine bedrohte »Sicherheit«. Ehe es die Bahn frei gibt, möchte es sich, insbesondere durch »Verständigung« mit uns, sichern. Es wird uns zur Entscheidung stellen. Augenscheinlich genügt ihm vorläufig das Versprechen unsererseits, bis auf weiteres still zu halten, bis es nämlich mit Washington und dann auch mit London hoffentlich im Reinen ist. Aber das kostet zum mindesten Zeit. In Paris spricht man in Kreisen des Comité des Forges davon, daß drei bis fünf Jahre vergehen können, ehe die Kartellzusammenarbeit wirklich fruchtbar würde. Ist nicht auch in Washington schon das Wort gefallen, man solle das Hoover-Festjahr zunächst um drei Jahre verlängern? Soll die Ungewißheit so lange noch dauern? Hoffentlich nicht. Denn in dieser Zeit werden gerade wir die steigende Konkurrenz des entwerteten Pfundes auf allen Märkten schwerstens empfinden. Das bedeutet steigenden Deflationsdruck. Wie lange können wir das ertragen?

Um so dringender wird unter diesen Umständen aber die Neuordnung im Innern. Vorentscheidungen werden im Februar und im Sommer nächsten Jahres fallen. Für die dafür erforderlichen Verhandlungen bedürfen wir der bestmöglichen Vorbereitung und Rüstung. Die bisherigen Notverordnungen haben in dieser Hinsicht vorläufig nicht das geringste erbracht, so einschneidend ihre Bestimmungen zum Teil sind. Aus ihnen spricht bisher nur Polizei, aber keine Wirtschaftsführung. Die wirklichen Entscheidungen sind vorläufig nur immer wieder von neuem weiter hinausgeschoben worden. Man kann sich augenscheinlich nicht entscheiden. Die Politik ist zunächst noch immer auf Vermittlung zwischen den sich schroff gegenüberstehenden Parteien eingestellt.

Die Forderungen der einen Seite sind zuletzt in der Denkschrift des Reichsverbands der Deutschen Industrie und der deutschen Arbeitgeberverbände dahin zusammengefaßt worden:

1. Ein weiterer umfangreicher Aufgaben- und Ausgabenabbau in der gesamten öffentlichen Hand, damit sich die Reparationsentlastung sofort in einer Senkung der die wirtschaftlichen Gesehungskosten besonders belastenden Steuern auswirken kann; erforderlich ist ferner, auch zur Erhaltung der Grundlagen unserer Kreditwirtschaft, eine Befreiung des bebauten Grundbesitzes von der Hauszinssteuer.
2. Eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse. Die Hauptvoraussetzung für eine individuelle Lohngestaltung ist eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, durch die die Institution der Verbindlichkeitserklärung beseitigt und die eigene Verantwortung der Parteien wiederhergestellt wird.
3. Anpassung der weit überhöhten Belastungen an das wirtschaftlich Mögliche und durchgreifende Verwaltungsvereinfachungen auf allen Gebieten der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung. Gerade weil wir die Sozialversicherung erhalten wollen, halten wir es für unumgänglich notwendig, daß sie unverzüglich mit den wirtschaftlichen Kräften unseres Volkes in Einklang gebracht wird.
4. Senkung der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost und der gemeindlichen Versorgungsbetriebe, mindestens entsprechend den seit 1929 eingetretenen erheblichen Preissenkungen.
5. Befreiung des deutschen Geldmarktes vom Druck der öffentlichen schwebenden Schulden durch eine unter Wahrung der Gläubigerrechte erfolgende Konsolidierung dieser Schulden.
6. Endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen.

Zusammen mit der Erfüllung dieser Forderungen müssen alle zukünftigen Akte der Gesetzgebung und Schritte der Verwaltung aufgebaut sein auf dem Grundsatz der Sicherung des Privateigentums und der Rechtssicherheit. Ferner ist es eine grundlegende Notwendigkeit, die Währung gesund zu erhalten und die Gefahren, die ihr von der Verbeibehaltung einer falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik drohen, rechtzeitig zu beseitigen. Wir halten zwar für die Privatwirtschaft eine Ausweitung des Kreditvolumens für dringend erforderlich, aber wir lehnen ganz ent-